

Tarifrunde 2013: Lohndumping beenden

Die Rahmenbedingungen der Tarifpolitik der letzten Jahre waren durch die Krise stark beeinflusst. Die klassische Entgeltpolitik der Gewerkschaften auf der Basis eines verteilungsneutralen Spielraums kann so nicht weitergeführt werden. Eine Neuorientierung ist notwendig. In Vorbereitung der Tarifrunde 2013 sollten wir sowohl einen Rückblick auf die Entwicklungen der letzten Jahre werfen, die aktuellen Bedingungen analysieren und Ziele für eine Neuorientierung in den diesjährigen Tarifaueinandersetzungen debattieren. Dieses Netzwerkinfo extra soll dafür eine Basis bieten.

Lohndumping 2000 bis 2012

Für den Zeitraum 2000 bis 2012 beträgt der verteilungsneutrale Spielraum rund 36 %. Er umfasst die Preis- und die Produktivitätssteigerungen. Die Produktivität ist um 13,4 % gestiegen. Um eine Umverteilung zugunsten des Kapitals zu verhindern, hätten die realen Löhne (preisbereinigt) mindestens um diesen Betrag steigen müssen. Die realen Bruttostundenlöhne stiegen jedoch nur um 2,1 % an. Dies ist weniger als 0,2 % jährlich! Mehr als 11 Prozentpunkte hätten es sein müssen, um den verteilungsneutralen Spielraum auszuschöpfen. Die Folge: Der Anteil der Einkommen durch Lohnarbeit am jährlichen Volkseinkommen sank von 72 % im Jahr 2000 auf 67 % im Jahr 2011.

Hinter diesen 11,3 Prozentpunkten Lohnverlust steckt der Verlust von sehr viel Geld: Eine Billion Euro (1.000.000.000.000) hätten die Beschäftigten seit 2000 mehr bekommen müssen

Die Tariflöhne (preisbereinigt) stiegen seit 2000 um gut sieben Prozent. Insofern ist die Entwicklung bei den Tariflöhnen nicht ganz so dramatisch wie bei den Bruttostundenlöhnen.

Dies bedeutet dass die Gewerkschaften in ihrem ureigensten Bereich der Tarifpolitik es nicht geschafft haben, die Ergebnisse flächendeckend umzusetzen, weil der Anteil der Beschäftigten, die unter dem Schutz eines Tarifvertrages arbeiten, ständig schrumpft. Zu Beginn der 1990er Jahre arbeiteten noch 70 % der Beschäftigten unter dem Dach eines Tarifvertrages, 2010 nur noch 52 %. So haben die Tarifabschlüsse heute weniger bzw. z. T. keine Ausstrahlung mehr auf die Lohnentwicklung in nicht tarifgebundenen Bereichen.

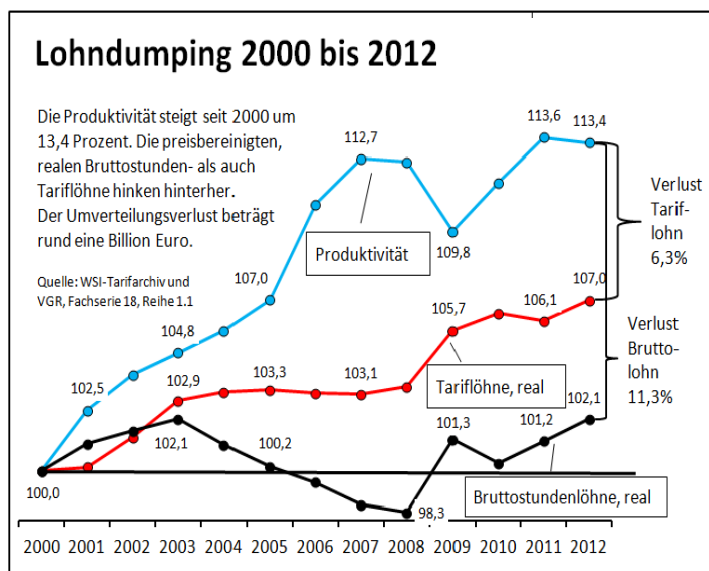
Für die anstehenden Tarifrunden heißt dies: Holen wir uns einen Teil des Lohnverlustes der vergangenen Jahre zurück! Eine **Umverteilung von Oben nach unten** ist dringlich! Es muss erleichtert werden, Tarifverträge für allgemeinverbindlich zu erklären.

Unterschiedliche Entwicklung in den Branchen

Die tarifpolitische Lage ist im Bereich der Chemieindustrie sowie der Metall- und Elektroindustrie noch am Besten. Bei Chemie ist der verteilungsneutrale Spielraum seit 2000 leicht im Plus. Im Metallbereich ist er bei einem Minus von 1,4 % nicht ganz ausgeschöpft worden. Dramatischer ist die Lage im Öffentlichen Dienst. Der Verteilungsspielraum ist mit Minus 9,6 % überhaupt nicht ausgeschöpft. Durch politisch motivierte Steuergeschenke an Reiche und Vermögende in Höhe von 600 Milliarden Euro seit 2000 wurden die öffentlichen Kassen geplündert. Dies verschlechtert die Durchsetzungschancen gewerkschaftlicher Tarifaueinandersetzungen dramatisch.

Wenn schon in gewerkschaftlich gut organisierten Bereichen der verteilungsneutrale Spielraum nicht durchgesetzt wurde, verwundert es nicht, dass in schlechter organisierten Bereichen und mit hohem Anteil an prekärer Arbeit die verteilungsneutralen Spielräume erst recht nicht ausgeschöpft wurden. Insbesondere im Einzelhandel wurde seit 2000 im Wesentlichen nur die Preissteigerungsrate mit den Lohnerhöhungen ausgeglichen.

Aber auch die Tarifbereiche wie Chemie und Metall stehen unter Druck. Die Einhaltung von Tarifverträgen ist heute schlechter als in früheren Jahrzehnten. Das zeigen insbesondere die Abweichungsvereinbarungen, die auf Grundlage des Pforzheimer Abkommens der IGM seit 2004 abgeschlossen wurden. Zurzeit gibt es in der Metall- und Elektroindustrie rund 1100 verbandsgebundene Betriebe, in denen abweichende, überwiegend schlechtere Regeln, als Tarif vereinbart sind.



Verteilungsneutraler Spielraum

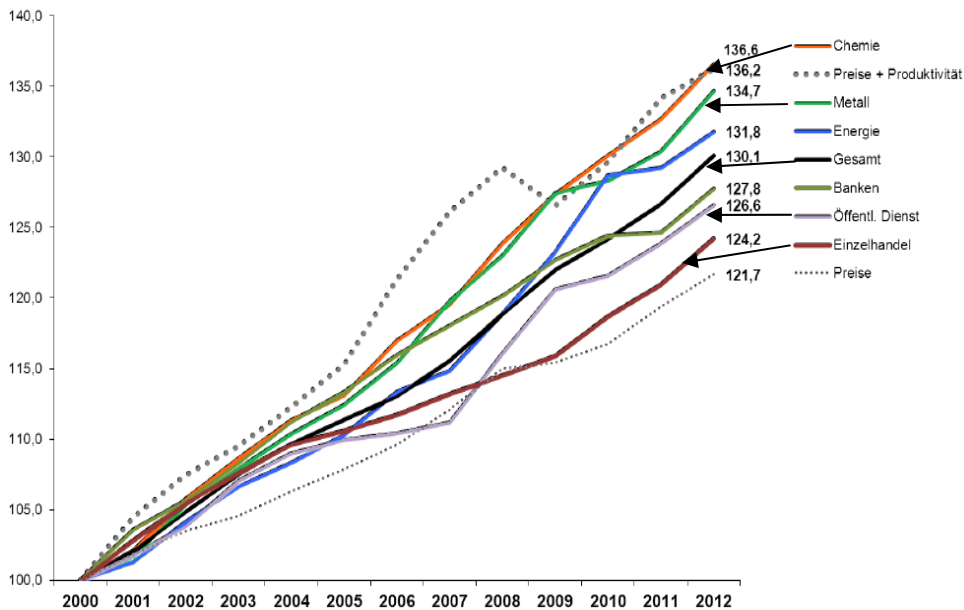
Der verteilungsneutrale Spielraum wird bestimmt durch die Preissteigerungsrate und dem Anstieg der Produktivität. Wird beides durch eine Tarifierhöhung ausgeglichen, ist das Ergebnis verteilungsneutral. Es ändert sich nichts an der Aufteilung des Volkseinkommens zwischen Lohnarbeit und Kapital, es findet keine Umverteilung statt.

Umverteilungskomponente

Wird ein Ergebnis erzielt, das höher als der verteilungsneutrale Spielraum ist, findet eine Umverteilung statt. Der Anteil der Lohnarbeit am Volkseinkommen wird größer.

Tariflohnentwicklung 2000 bis 2012 nach Branchen

Quelle: Bispinck, Tarifpolitische Konferenz WSI 2012



Gemeinsam sind wir stärker

Die Gewerkschaften sind in den Tarifaueinandersetzungen der letzten Jahre weit unter ihren Möglichkeiten geblieben. Nächstes Jahr laufen für über 12 Millionen Beschäftigte die Tarifverträge aus, allein im März und April für über 6 Millionen Beschäftigte. Lasst uns die Tarifrunden im Frühjahr bei Metall, IG Bau und verdi (hpts. Handel / Einzel, Groß- und Außenhandel, Versicherung, Post, Länderbereich ÖD) gemeinsam führen. Das gibt uns eine größere Kampfkraft, wovon auch die nachfolgenden Branchen profitieren werden. Also – es bietet sich die Gelegenheit, die Fundamente einer solidarischen Lohnpolitik zu erneuern, aus dieser Situation politisch Kapital schlagen – durch koordinierte Mobilisierungs- und Durchsetzungsstrategien. **In einem großen gemeinsamen Geleitzug.**

Profite heben ab

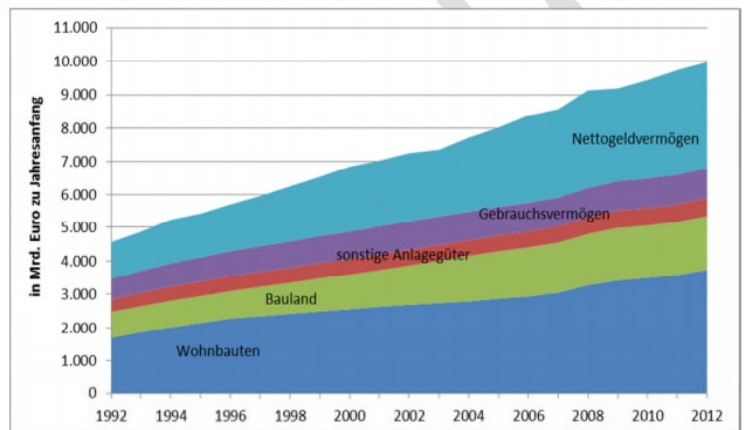
Während die Netto-Einkommen je Arbeitnehmer seit 2000 real nach Abzug der Inflationsrate sich kaum verändert haben, werden die Reichen immer reicher. Die Kluft zwischen Vermögen und Löhnen ist gewachsen, die Spaltung der Gesellschaft ist größer geworden.

Das private Vermögen hat sich in den letzten 20 Jahren mehr als verdoppelt und liegt bei über 10 Billionen €. Das reine Geldvermögen (ohne Sachanlagen, Immobilien etc) liegt bei ca. 4715 Mrd. €, so hoch wie noch nie, und hat sich in den letzten 20 Jahren mehr als verdreifacht. Zum Vergleich: Das Bruttoinlandsprodukt lag 2011 bei ca. 2600 Mrd. €, der Schuldenberg der Öffentlichen Hand bei ca. 2000 Mrd. €.

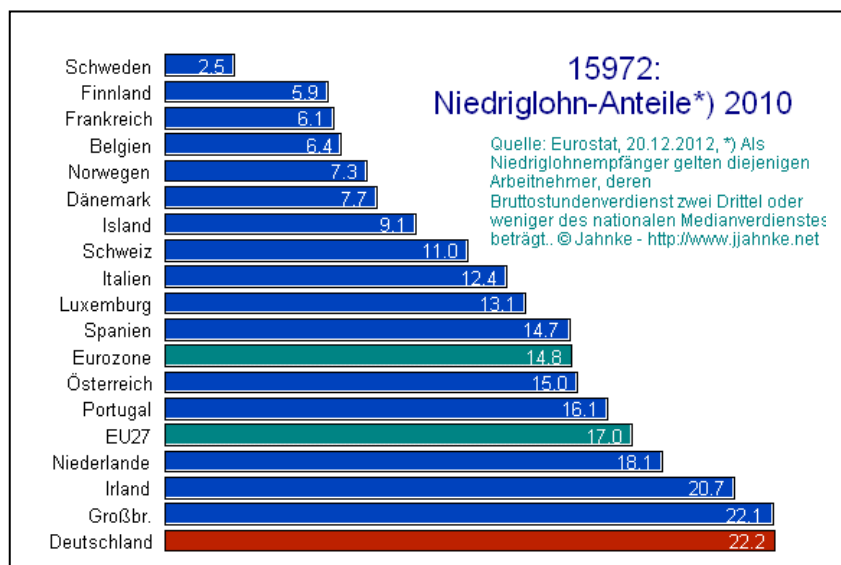
Die unteren 50 % der Bevölkerung teilen sich mittlerweile 1 % der Besitztümer, während die oberen 10 % mehr als die Hälfte des Nettovermögens aller Deutschen ihr Eigen nennen.

Geld ist also genug da. In den Tarifrunden 2013 holen wir uns kräftige Erhöhungen.

Entwicklung des privaten Nettovermögens und seiner Zusammensetzung, 1992-2012



Quelle: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank



BRD: Höchster Niedriglohnanteil in Westeuropa

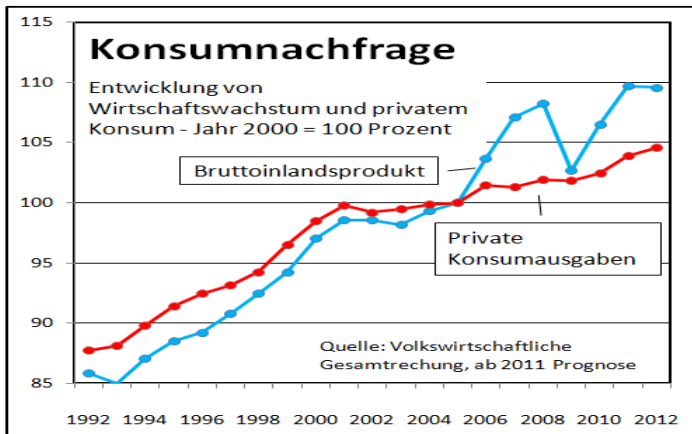
Nach der Meldung von Eurostat vom 20. Dezember 2012 hat Deutschland mit 22,2 % den höchsten Niedriglohnanteil unter allen Vergleichsländern in Westeuropa - ein Skandal. In Frankreich sind es nur 6,1 %, in den skandinavischen Ländern zwischen 2,5 und 7,7 % und selbst im Durchschnitt der Eurozone nur 14,8% (Abb. 15972).

Insgesamt 1,5 Mio. Menschen arbeiten für weniger als 5 €/Stunde.

Skandalös ist, dass das Lohndumping Menschen besonders getroffen hat, die ohnehin nicht besonders viel verdienen. Den Beschäftigten, die 2000 zu den 40 % mit dem geringsten Einkommen gehörten, wurden Lohnkürzungen von 10 bis 20 % zugemutet.

Das zeigt die dringende Notwendigkeit, in den Tarifrunden 2013 **die unteren Entgeltgruppen kräftig anzuheben, am besten mit einem hohen Mindest- oder Festbetrag.**

Die **Niedriglohngrenze** wurde bei zwei Drittel des Durchschnittslohns definiert - in Westdeutschland ist das ein Stundenlohn von 9,53 Euro, im Osten sind es 7,22 Euro.



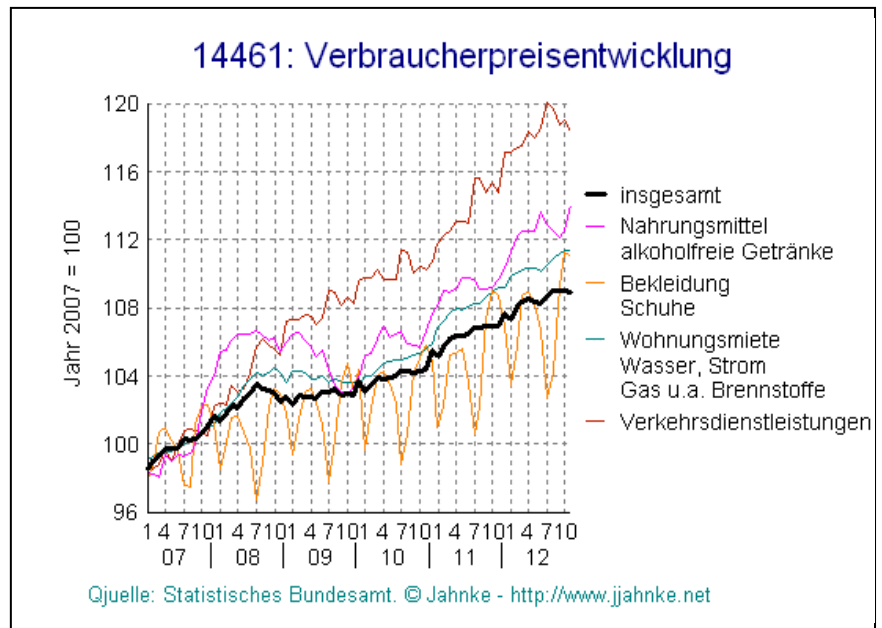
Konsumnachfrage und Verbraucherpreisentwicklung

Bis 2005 lagen die privaten Konsumausgaben leicht über der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts. Seit Agenda 2010, Hartz IV, Reallohnverlusten und Prekarisierung der Arbeit steigen die Konsumausgaben kaum noch und driften von der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts ab. Kein Wunder: wurden den Beschäftigten doch rund eine Billion Euro Kaufkraft seit 2000 vorenthalten.

Viele Anschaffungen wurden in den letzten Jahren aufgeschoben, weil den Beschäftigten das Geld fehlte.

Die offizielle Inflationsrate spiegelt nicht wieder, welche Preissteigerungen bei Produktgruppen in normalen ArbeitnehmerInnen-Haushalten am Einkommen nagen.

Normale Arbeitnehmer geben Geld vor allem für Nahrungsmittel, Bekleidung /Schuhe, Wohnungsmiete, Wasser, Strom, Gas u.a. Brennstoffe, den Unterhalt ihres Fahrzeuges und für Verkehrsdienstleistungen aus. Deren Preise sind viel stärker gestiegen als der amtliche Durchschnittsindex, dessen Entwicklung durch geringere Preisentwicklungen bzw. -senkungen bei technischem Gerät und langlebigen Wirtschaftsgütern gebremst wird (Abb. 14461). So stiegen die Preise für Verkehrsdienstleistungen in den letzten 5 Jahren um ca. 20 %, bei Nahrungsmittel um ca. 14 % und bei Miete/Mietnebenkosten um ca. 11 %. Wer nur ein geringes Einkommen hat, ist oft bei einem Mietanteil von 40 bis 50 % seines Einkommens. **Die Tarifierhöhungen müssen diese Preisentwicklungen entsprechend berücksichtigen.**



Wirkung von Festgeld- und Prozentforderung

Da bei den unteren und mittleren Entgelten die Reallohnverluste in den letzten Jahren am größten waren, ist eine Festgeld- bzw. Mindestforderung notwendig.

Der Länderbereich von verdi ist mit gutem Beispiel vorangegangen. So beschloss die Tarifkonferenz von verdi Stuttgart für den Länderbereich als Forderung einen Festbetrag von 250 € und die verdi Betriebsgruppe der Uni Stuttgart 300 €. Leider wurde die soziale Komponente von der Bundestarifkommission komplett kassiert.

Wir gehen davon aus, dass eine Forderung mindestens die **Größenordnung von 8 %, mindestens 250 €** haben sollte. Die Tabelle zeigt die Wirkung von Prozenten und Festbetrag. Durch einen Mindestbetrag von 250 € würden Einkommen bis ca. 3100 € bei einem Mindestbetrag besser wegkommen. Da wären selbst bei den relativ hohen Metallentgelten alle Entgeltgruppen bis zum Eckentgelt (Facharbeiterecklohn) (inclusive 15%-Leistungszulage) besser bedient. Selbst in Baden-Württemberg mit seinem hohen Eckentgelt (ca. 2700 € - andere Bezirke liegen zwischen ca. 2400 und 2624)) und seiner eher geringen Anzahl Beschäftigten im unteren Entgeltgruppenbereich würden fast die Hälfte der KollegInnen bei Festgeld mehr in den Geldbeutel bekommen.

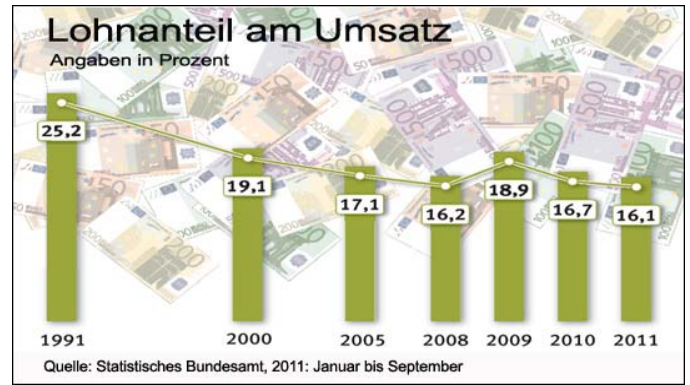
**Unsere Empfehlung:
eine Forderung in Höhe von mindestens 8 %
und einem Mindestbetrag von 250 €**

Grundentgelt	%-Forderung	Festgeld	%	
1.400,00 €	8	112,00 €	250,00 €	17,86%
1.600,00 €	8	128,00 €	250,00 €	15,63%
1.800,00 €	8	144,00 €	250,00 €	13,89%
2.000,00 €	8	160,00 €	250,00 €	12,50%
2.200,00 €	8	176,00 €	250,00 €	11,36%
2.400,00 €	8	192,00 €	250,00 €	10,42%
2.600,00 €	8	208,00 €	250,00 €	9,62%
2.800,00 €	8	224,00 €	250,00 €	8,93%
3.000,00 €	8	240,00 €	250,00 €	8,33%
3.200,00 €	8	256,00 €	250,00 €	7,81%
3.400,00 €	8	272,00 €	250,00 €	7,35%
3.600,00 €	8	288,00 €	250,00 €	6,94%
3.800,00 €	8	304,00 €	250,00 €	6,58%
4.000,00 €	8	320,00 €	250,00 €	6,25%
4.200,00 €	8	336,00 €	250,00 €	5,95%
4.400,00 €	8	352,00 €	250,00 €	5,68%
4.600,00 €	8	368,00 €	250,00 €	5,43%
4.800,00 €	8	384,00 €	250,00 €	5,21%
5.000,00 €	8	400,00 €	250,00 €	5,00%

Die Grundentgelte in der Tabelle sind nicht tarifgruppenbezogen, so dass sie auf alle Branchen übertragbar sind

Lohnanteil am Umsatz stark gesunken

Die Lohnkosten spielen in den Unternehmen eine immer geringere Rolle. 1991 lag ihr Anteil am Umsatz in der Metall- und Elektroindustrie noch bei über 25 Prozent. Seither sinkt die Lohnquote von Jahr zu Jahr. 2011 lag sie gerade noch bei 16,1 Prozent. Lediglich in der Krise, als die Produktion zurückging, stieg sie geringfügig an. Auch diese Zahlen belegen: **eine Umverteilung von oben nach unten muss wieder auf die Tagesordnung und ins Blickfeld gewerkschaftlicher Strategie.**



Vernichtung von Vollzeitjobs

Seit 2000 sind rund 2,3 Millionen Vollzeitarbeitsplätze vernichtet worden. Gleichzeitig sind 4,1 Millionen „bad jobs“ entstanden: durch massive Ausweitung von Teilzeitarbeit, geringfügiger Beschäftigung in Gestalt von Mini-Jobs und von Leiharbeit. Viel zu viele Menschen müssen in diesen Jobs dann auch noch befristet arbeiten.

Unter dem Strich bleibt ein Plus von 1,8 Millionen zusätzlichen Jobs. Zum größten Teil sind es prekäre Jobs mit unsicherer Lebenslage, schlechter Bezahlung und einer viel zu kurzen bezahlten Arbeitszeit.

Immer mehr Erwerbstätige teilen sich das gleiche Arbeitszeitvolumen. Mehr bezahlte Arbeit gibt es nicht. Eine um 3,5 Prozent gewachsene Anzahl von Beschäftigten teilt sich die seit 2000 gleich gebliebene Gesamtstundenzahl.

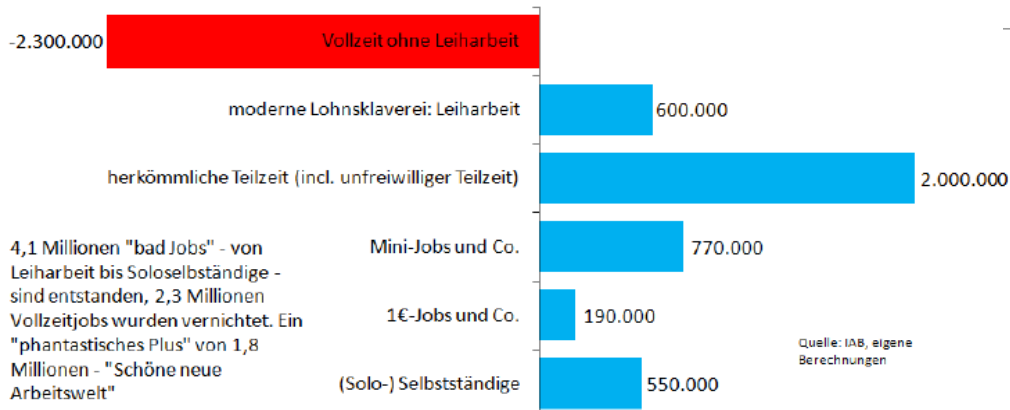
Die prekäre Beschäftigung hat sich – nachdem SPD und Grüne die Schutzzäune niederrissen – immer mehr in die betriebliche Realität hinein gefressen. Leiharbeit, Werkverträge und Befristungen sind unmittelbare Instrumente, um das Entgelt zu drücken. Der Stammebelegschaft wird verdeutlicht, dass billigere Arbeitskräfte ihre Arbeit übernehmen können. Dies führt zu Disziplinierung und Entsolidarisierung. Gewerkschaftliche Handlungsmacht wird massiv geschwächt.

Deshalb müssen die Tarifrunden genutzt werden, einen Mindestlohn von 12 Euro und das Verbot von Leiharbeit zu verankern. Eine wichtige Maßnahme ist die Kündigung der Leiharbeitsverträge und die Durchsetzung des Grundsatzes der EU-Leiharbeitsrichtlinie Equal pay and equal treatment (siehe auch NWI Extra zu den Leiharbeitsverträgen –

<http://archiv.labournet.de/GewLinke/disk/info/leiharbeit13.pdf>) und die Unterschriftensammlung der Gewerkschaftslinken „Verbot von Leiharbeit und Werksvertragsbetrug!“ (<http://archiv.labournet.de/GewLinke/disk/info/UsammlungLeiharbeit.pdf>).

Deshalb die Aufforderung an alle Tarifkommissionsmitglieder, sich für die Kündigung der DGB-Leiharbeitsverträge stark zu machen. Befristete Arbeitsverhältnisse dürfen nur in eng begrenzten, sachgrundbezogenen Ausnahmefällen zulässig sein. Werkverträge dürfen nur unter Zustimmung des Betriebsrates zustande kommen und müssen regelmäßig von diesem nach deren Notwendigkeit kontrolliert werden!

Vernichtung von Vollzeitjobs 2000 bis 2011



Impressum:

Sekretariat – Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken
 Hans Kroha – Klaus Peter Löwen – Christa Hourani – Christiaan Boissevain
 Tel: 06182/782306
 E-Mail: HKroha@t-online.de
 Redaktionsschluss:
 10. Januar 2013

Ohne Streiks kein gutes Ergebnis

Dass eine Warnstreikwelle zur Durchsetzung dieser Ziele nicht ausreichen wird, ist jetzt schon klar. Ein längerer Streik wird notwendig sein, um ein gutes Ergebnis zu erzielen. Ein Streik ist aber auch deshalb wichtig, damit die Gewerkschaften ihre Durchsetzungskraft zurückgewinnen und eine neue Generation von KollegInnen und Vertrauensleuten Streikerfahrungen sammeln kann.

In der internationalen Arbeitskämpfstatistik rangiert die Bundesrepublik als Schlusslicht, nur noch durch die Schweiz unterboten. Je seltener gestreikt wird, umso zählebiger wird der Streik wie ein Fremdkörper eingekapselt. Um dem entgegen zu wirken, gilt es, sich den Streik in die gesellschaftliche Realität zurück zu holen. Diese Enthaltensamkeit beim Streik hat auch mit dazu geführt, dass wir Schlusslicht in der Einkommensentwicklung sind und über ein Jahrzehnt Reallohnverluste hinnehmen mussten.

Außerdem: Die beste Solidarität mit den kämpfenden Lohnabhängigen in den Ländern Südeuropas ist, wenn wir endlich einen Teil der Lohnverluste des vergangenen Jahrzehnts ausgleichen.

Foliensätze zur Tarifrunde findet ihr im Labournet unter: <http://www.labournet.de/category/politik/gw/tarifpolitik/tarifrunde/>
 Bitte auch eure **Beschlüsse** von Funktionärs- oder Vertrauensleuteversammlungen ans Labournet schicken.